

Die Dreizehnte Kirchensynode hat auf ihrer 10. Tagung folgende Resolution beschlossen:

## **Sprache öffnet Zukunft – Integrationskurse sichern**

Sprache ermöglicht Teilhabe. Wer die Sprache des Landes lernt, kann arbeiten, sich beteiligen und Verantwortung übernehmen. Menschen, die hier leben und bereit sind zu lernen, verdienen daher Zugang zu Bildung und Unterstützung. Als Kirche sehen wir darin eine Frage der Menschenwürde und der Nächstenliebe.

Mit einem Rundschreiben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vom Februar 2026 wurden die Zulassungen für freiwillige Teilnehmende zu Integrationskursen nach § 44 Abs. 4 AufenthG vorläufig ausgesetzt. Betroffen sind unter anderem Geflüchtete aus der Ukraine, Asylsuchende im Verfahren, Menschen mit Duldung sowie Unionsbürgerinnen und Unionsbürger.

Damit wird vielen lernbereiten Menschen der Zugang zu zentraler Sprachförderung verwehrt. Gleichzeitig geraten funktionierende Integrationsstrukturen in Gefahr: Kurse werden bereits abgesagt, Träger verlieren Planungssicherheit und qualifizierte Lehrkräfte ihre Beschäftigungsgrundlage.

Die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau stellt fest:

### **1. Sprache ist Voraussetzung für Integration.**

Zugang zu qualifizierter Sprachförderung ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Arbeit.

### **2. Integrationsarbeit braucht verlässliche Finanzierung und Planungssicherheit.**

Träger von Integrationskursen benötigen langfristig verlässliche und überjährige Finanzierungsstrukturen. Kurzfristige politische Entscheidungen gefährden bestehende Angebote, führen zum Verlust qualifizierter Lehrkräfte und schwächen dauerhaft die Integrationsinfrastruktur. Integrationspolitische Planungen müssen transparent und verlässlich mit den Trägern abgestimmt werden.

### **3. Integration beginnt von Anfang an.**

Menschen, die in Deutschland leben, müssen frühzeitig Zugang zu Sprachförderung erhalten – nicht erst nach Abschluss eines Aufenthalts- oder Asylverfahrens.

Die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau fordert daher die politisch Verantwortlichen auf,

- den Zugang zu Integrationskursen wieder umfassend zu ermöglichen,
- verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen für Integrationskurse zu schaffen und
- Sprachförderung als zentrale Investition in gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.

Spracherwerb ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern eine Voraussetzung für gelingende Integration. Wer den Zugang zu Sprache blockiert, gefährdet gesellschaftlichen Zusammenhalt – wer ihn ermöglicht, stärkt unsere gemeinsame Zukunft.

Frankfurt am Main, 23. April 2026

gez. Dr. Birgit Pfeiffer  
Präses der Kirchensynode